



Haus der Bildung
27.000.000 statt
19.400.000 Euro

Ein Bericht des Rechnungsprüfungsamtes zeigt in erschreckender Deutlichkeit auf, was alles beim Bau des Hauses der Bildung schief gelaufen ist. Auf der Baustelle am Mülheimer Platz herrschten über Jahre chaotische Zustände. Der Eröffnungstermin musste mehrfach verschoben werden, das Haus ging mit anderthalb Jahren Verzug in Betrieb, und der Bau wurde acht Millionen teurer als geplant. Das Städtische Gebäudemanagement bekleckerte sich einmal mehr nicht gerade mit Ruhm. Allein Planungs- und Ausschreibungsmängel verursachten laut RPA Mehrkosten von ca. 3,7 Mio. Euro. Statt geordneter Aktenablage stießen die Prüfer beim städtischen Projektleiter, der über mehrere Jahre bei diesem Großprojekt alle Bauherrenaufgaben ohne Unterstützung eines Projektsteuerers allein schultern musste, auf "lose Blattsammlungen". Und weiter stellten sie fest: "Professionelle Projektorganisation, Kostentransparenz, Bauherrenkompetenz sowie Vergabe- und Vertragsgestaltung" seien "in vielen Bereichen stark verbesserungswürdig", im Klartext: dringend verbesserungsbedürftig gewesen. Für den **BBB** weist der Bericht in erschreckender Weise auch auf interne Organisations-, Führungs- und Controllingmängel im SGB hin.

Rheinauensee: Algen haben die Oberhand gewonnen



Einen wenig einladenden Anblick bietet derzeit der See in der Bonner Rheinaue. Er hat sich mit seiner Farbe den benachbarten Wiesen angeglichen. Grüne Algen und Wasserpflanzen haben sich wie ein Teppich auf die Wasseroberfläche gelegt. Und das wird noch bis ins nächste Jahr andauern. Der **BBB** verlangt, dass spätestens im kommenden Frühjahr das Wasser tatsächlich abgelassen und der Boden des Sees gründlich von Schlamm und Unrat befreit wird. Denn der See ist das Herzstück des Bonner Erholungsparks.

Koblenzer Tor: Gewölbe muss verstärkt werden



Die Durchfahrt der B 9 durch das Kurfürstliche Schloss hat ihre Tücken. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde neben der ursprünglichen Tordurchfahrt eine zweite Spur gebaut. Man brach sie einfach durch frühere Räume der Residenz. Dazu sind damals auch die darunter liegenden Kellerdecken verstärkt worden. Durch das erhöhte Verkehrsaufkommen und die wachsenden Verkehrslasten sind Schäden an den Stahlbetondecken aufgetreten. Jetzt wird eine Sanierung und ein Teilneubau geplant, um für die Zukunft auf Nummer sicher zu gehen. Für den **BBB** ist diese Durchfahrt Richtung Süden ohne Gewichtbeschränkungen unverzichtbar im Bonner Straßennetz.

BBB hat beantragt:

Godesburg soll attraktiver werden

Die Terrasse der Godesburg soll attraktiver werden und die Gäste im Außenbereich des Restaurants besser gegen den dort oft unangenehmen Zugwind geschützt werden. Möglichkeiten dazu soll jetzt der Oberbürgermeister untersuchen. Das beschloss die Bezirksvertretung auf Antrag des **BBB**. Bislang muss sich die Pächterin des Restaurants mit einem Plastikzelt als wenig ansehnlichem Provisorium behelfen. Der **BBB** wünscht sich stattdessen eine Ganz- oder Teilverglasung. Jetzt sollen mit dem Architekturbüro, das über das Urheberrecht verfügt, und der Denkmalpflege Lösungen geprüft werden, die diesem Missstand abhelfen. Damit würde Godesbergs Wahrzeichen sicher noch reizvoller für Besucher werden.



Flüchtlinge:

Ab nach Bad Godesberg

Flüchtlingsunterkünfte in ihrer Nachbarschaft meiden Bonns CDU - Potentaten wie der Teufel das Weihwasser. Stattdessen haben sie die in erster Linie nach Bad Godesberg weggeschoben. "Ihren" Stadtbezirk Beuel haben die dort wohnenden CDU-Repräsentanten, CDU-Fraktionschef Dr. Klaus Gilles, sein Geschäftsführer Georg Fenninger und CDU-Bezirksbürgermeister Guido Déus weitgehend flüchtlingsfrei gehalten. Aktuell sind 0,95% oder 692 der Einwohner Bad Godesbergs Flüchtlinge, aber nur 159 oder 0,24% in Beuel. Damit ist der Flüchtlingsanteil an der Bevölkerung in Bad Godesberg der höchste unter den Bonner Bezirken, der in Beuel mit Abstand der niedrigste. Für den **BBB** ein weiterer Beweis, wie wenig Bad Godesberg bei der Bonner CDU zählt und wie hoch die sozialen Lasten sind, die man der einstigen Diplomatenstadt seitens der CDU zumutet.

Neues Signet der Merkel-CDU?

Nach dem letzten Politbarometer vom 21.07.2017 sind nach Meinung von 70 Prozent der Befragten die inhaltlichen Unterschiede zwischen CDU/CSU und SPD nicht so groß, nur noch 23 Prozent sehen hier große Unterschiede. Hat sich die CDU zur Dokumentation ihres Links-Rucks jetzt gar ein neues Logo mit den Symbolen der Arbeiter und Bauern gegeben?



Es handelt sich um das Signet der Colligatio Democratica Unitaria (CDU), deutsche Leninistische Einheitsfront aus ein 1987 gegründetes portugiesisches Wahlbündnis aus portugiesischen Kommunisten (PCP), Grünen (PEV) sowie der politischen Bewegung Intervenção Democrática (ID).

Notbremsung abgelehnt

Abgelehnt hat der Stadtrat am 7. Juli den Antrag des **BBB**, angesichts der Kostenexplosion die Luxus-Sanierung der Beethovenhalle zu stoppen und zum Vorschlag des OB zurückzukehren. Der wollte nur eine technische und sicherheitstechnische Grundinstandsetzung, ergänzt um die Erneuerung der Künstlerumkleiden und der Toiletten. Auf Zustimmung traf der Antrag des **BBB** aber am 16. Juli beim Bürgersprach der Plittersdorfer CDU. Bei einer Probeabstimmung votierte eine deutliche Mehrheit für die Sparversion. Wenigstens an der Basis der Bonner CDU regiert noch die Vernunft.

Johannes Schott prophezeite für den **BBB** im April 2016 im Rat, die geplante Sanierung der Beethovenhalle werde ein "Fass ohne Boden" werden und die von Stadtdirektor Fuchs vorgelegte Planung sei "absolut unseriös". Fuchs wertete das wörtlich als "blanke Unverschämtheit". Jetzt zeigt sich, dass Fuchs wieder einmal auf einem zu hohen Ross saß

Notopfer Beethovenhalle erbeten



Die Verwaltung lässt jetzt auf Plakatwänden um Spenden für die Beethovenhalle werben, deren Luxus-Sanierung der Stadt finanziell aus dem Ruder gelaufen ist. Erstaunlich ist nur, dass diesmal auf den Werbeanlagen nicht wieder der Charakterkopf von OB Ashok-Alexander Sridharan zu sehen ist. Offenbar hält er einen persönlichen Einsatz für die Beethovenhalle im Gegensatz zu seinem Spen-



denaufrufen für das Bonner Münster ("Mein Herz schlägt fürs Bonner Münster") nicht für Image-fördernd.

Beethovenhalle: Kosten explodieren im Monatstakt



Beethovenhalle
70.000.000 Euro + X

Über der Luxus-Sanierung der Beethovenhalle ziehen längst dunkle Wolken auf

Fast im Wochentakt kommen aus dem Stadthaus neue Meldungen, wie sich die Kosten für die von CDU, FDP und Grünen beschlossene Luxus-Sanierung der Beethovenhalle erhöhen. Sie stiegen von Mitteilung zu Mitteilung um durchschnittlich eine Mio Euro im Monat. Alles wurde immer teurer:

07.04.2016 (Drs. 1611089):	53,4 Mio. Euro
22.09.2016 (Drs. 1612370):	59,9 Mio. Euro
19.01.2017 (Drs. 1710337):	61,5 Mio. Euro
26.05.2017 (Drs. 1711685):	64,0 Mio. Euro
15.06.2017 (Stadtdir. Fuchs im GA):	66,5 Mio. Euro
27.06.2017 (Drs. 1711685ST2):	70,6 Mio. Euro

Kaum hatte der Projektverantwortliche, CDU-Stadtdirektor Wolfgang Fuchs, dem Stadtrat am 7. Juli 2017 die letzte Kostenexplosion gebeichtet, ging es mit den Hiobsbotschaften weiter. Der General Anzeiger meldete am 8. Juli, dass eine einzige Spezialtiefbaufirma mit ihrem Angebot um rd. 1,2 Mio. Euro oder ca. 16,4% über dem von der Verwaltung geschätzten Angebotsvolumen lag. Den Auftrag erhielt sie trotzdem, denn die Zeit drängt. Und so ging es bei folgenden Vergaben Schlag auf Schlag weiter. Mal lag das Angebot um 43%, einmal sogar um 47% über den Schätzkosten. Da keine Zeit für eine Aufhebung und Neuausschreibung ist, weil sonst die Sanierung bis zum Beethovenjubiläum nicht abgeschlossen sein würde, muss das alles von CDU, FDP und Grünen geschluckt werden. Zusammen macht das allein weitere schlappe 2,7 Mio Mehrkosten (Stand 31.07.). Zahlen müssen es ja die Bürger und nicht die dafür verantwortlichen Parteien.

Ex-CDU-MdB Dr. Stefan Eisel am 9. Juli 2017: "Der als Projektleiter erkennbar überforderte Stadtdirektor Fuchs hechelt diesen Entwicklungen hilflos hinterher." Dem kann man nichts hinzufügen.

Jetzt muss auch noch ein Nothelfer zusätzlich ran

Alles läuft bei der Beethovenhalle schon jetzt so ab wie bei der Fertigstellung des Kongresszentrums. Die Kosten laufen davon und niemand wettet darauf, dass mit dem 31. Oktober 2018 der geplante Fertigstellungstermin auch eingehalten werden kann. Beschäftigt sind mit der Sanierungsplanung ganze Legionen. Unter Leitung von Stadtdirektor Wolfgang Fuchs soll das Städtische Gebäudemanagement das Projekt für die Stadt als Bauherrin koordinieren. Das SGB wird dabei zusätzlich von einem Projektsteuerer unterstützt und juristisch für 350 Euro/Stunde von einer Bonner Anwaltsfabrik an die Hand genommen. Neben dem Architektenbüro aus Berlin, das ausgewählt wurde, weil es laut Verwaltung "am ehesten die Gewähr für eine sachgerechte und qualitätsvolle Leistungserbringung" bot, sind weitere 7 Sonderfachleute eingeschaltet. Da man dem SGB auch diesmal nicht so recht zutraut, dass es die Bauherrenaufgabe wirklich packt, ist jetzt noch ein externer Ingenieur zu seiner Unterstützung eingekauft worden. Für ihn müssen bis zur Fertigstellung mindestens weitere 200.000 Euro eingeplant werden. Auch dafür gibt es noch keinen Haushaltsansatz.

Gewerbegrundstücke Mangelware?

BBB: Nein. Die Knappheit in Bonn ist selbst verschuldet

Gewerbetriebe haben bei der Bonner Wirtschaftsförderung keinen hohen Stellenwert, klagt der BBB seit Jahren. Die setzt lieber auf Bürobauten und "saubere" Dienstleister. Aber sie wirkt auch selbst aktiv daran mit, vorhandene Gewerbegebiete in der Bundesstadt systematisch zu beseitigen. Vier schlagende Beispiele:

- Der ehemalige Schlachthof neben der Müllverbrennungsanlage steht nach dem Auszug der Gastronomie-Großhändler seit 2012 leer. Ihn wollte die Stadt ursprünglich mit einer Fassadenbau-Firma und einem Ausbildungsbetrieb für Pop- und Rockveranstaltungen samt Veranstaltungssaal bebauen lassen. Der Antrag des BBB sicherzustellen, dass der Saal, der immerhin 900 Sitzplätze haben soll, nicht beliebig konkurrierend mit den städtischen Veranstaltungstätten genutzt werden dürfe, lehnten die anderen Fraktionen ab. Nach den jüngsten Plänen des Investors will er statt ursprünglich 10.000 m² gleich 17.000 m² städtisches Grundstück nutzen. Jetzt sollen dort zusätzlich noch 15 Gastronomie-Betriebe auf einer Fläche von 2.200 m² und Büros mit 8.000 m² hinzukommen. Ohne sie kann das Projekt wohl nicht finanziert werden.
- Das 45.000 m² große Gelände, auf dem einst der Spezialkarosserie-Hersteller Miesen neben dem Heizkraftwerk Süd der Stadtwerke an der Dottendorfer Straße Fahrzeuge ausgerüstet hatte, war planungsrechtlich als Industriegebiet ausgewiesen. Nach der Insolvenz des Unternehmens sollte das Gelände 1998 zunächst für "hochwertige gewerbe- und mischgebietstypische Nutzungen" Verwendung finden, 2005 dann gar mit 320 exklusiven Wohnungen bebaut werden. Jetzt soll es ein verdichteter Bürostandort mit 80.000 m² Nutzfläche werden, da, so OB Ashok-Alexander Sridharan, "in Bonn ein anhaltend hoher Bedarf nach solchen Flächen besteht." An Gewerbeflächen besteht für den OB, der die Wirtschaftsförderung in seinem Dezernat verantwortet, offenbar in Bonn kein „anhaltend hoher Bedarf“. Vergeblich hatte der BBB beantragt, dieses ehemalige Industriegebiet für Handwerksbetriebe und nichtstörendes Gewerbe zu reservieren, die immer wieder mangels Grundstücken mit ihren Arbeitsplätzen aus Bonn abwandern.
- Der Firma Heinrich Frings an der Nidegger Straße gegenüber dem Heizkraftwerk Nord konnte die Stadt keine Neubauflächen anbieten. Da das Unternehmen an seinem bisherigen Standort aus allen Nähten platzte und Erweiterungsmöglichkeiten in der Umgebung nicht bestanden, suchte es ein neues Firmengelände. So zog dieser geheime Weltmarktführer, der Anlagen zur Herstellung von biologischem Essig baut, weg nach Rheinbach, wo es von Rheinbachs erfolgreichem Wirtschaftsförderer, Bürgermeister Stefan Raetz, mit offenen Armen willkommen geheißen wurde. Und was folgt jetzt auf dem ehemaligen Firmengelände? 288 Studentenwohnungen und Appartements, die bis Anfang 2019 bezugsfertig sein sollen. Sieht so erfolgreiche Wirtschaftsförderung und die Erhaltung und Verteidigung von Gewerbegebieten aus?
- Auch das 25.000 m² große ehemalige Fabrikgelände von Kleutgen & Meier an der Friesdorfer Straße in Bad Godesberg, das von Haribo übernommen worden war, wird weitgehend umgewidmet. Neben dem Haribo-Werksverkauf wird künftig nur ein Teil in unmittelbarer Nachbarschaft zum Gebäude der Firma Stolle GmbH für Büro- und Laborgelände genutzt. Statt weitere Gewerbebetriebe anzusiedeln, werden dort auf 6000 m² insgesamt 100 Wohnungen errichtet. Und Bonns OB und oberster Wirtschaftsförderer Ashok-Alexander Sridharan stellte diese Planung zur Beseitigung eines weiteren Gewerbegebietes auch noch stolz gemeinsam mit den Investoren vor.

So sieht die Bonner Erhaltung von Gewerbegebieten in der Realität aus. Wie plauderte doch Wirtschaftsförderin Victoria Appelbe am 12. Juli 2017 so nett im General Anzeiger daher: "Die verfügbaren Gewerbeflächen sind knapp... Daher liegt ein besonderer Fokus der Wirtschaftsförderung darauf, vorhandene Gewerbegebiete zu sichern." Gewerbegebiete zu beseitigen, das wäre wohl zutreffender, wie diese exemplarischen Beispiele zeigen. Dass in Bonn die Zahl gewerblicher Arbeitsplätze schrumpft und die Sozialkosten einschließlich der Hartz-IV Zahlungen in die Höhe schießen, ist für den BBB auch das Ergebnis der falschen Wirtschaftsförderungspolitik, die einseitig auf hochwertige Dienstleistungen und auf Büroarbeitsplätze ausgerichtet ist.



Der ehemalige Schlachthof



45.000 m² Industriegelände liegen hier brach



Studentenwohnungen statt Gewerbebetrieb



Kleutgen & Meyer: Einst reines Gewerbegebiet

Beethovenhalle:

Weitere Rechnungen noch offen

Noch kein Cent ist bei der Beethovenhalle bislang für die Ausstattung des Restaurants und die Installation einer neuen Küche eingeplant. Diese Bereiche sind ausgeräumt worden und befinden sich im Rohbauzustand. Auch für neue Stühle für Konzertbesucher hat man noch keinen Ansatz vorgesehen. Das alles kommt irgendwann noch als Sahnehäubchen auf die explodierenden Kosten drauf.

Terminplan wackelt

Offen bleibt nach wie vor, ob man angesichts der Probleme, während der Hochkonjunktur auf dem Bausektor für alle Vergabeinheiten Unternehmen zu vertretbaren Bedingungen zu finden, den Zeitplan für die Fertigstellung tatsächlich einhalten kann. Die Architekten jedenfalls haben daran bereits Zweifel angemeldet und den festgelegten Fertigstellungstermin um 5 Monate auf Ende März 2019 verschieben wollen, was die Stadt postwendend abgelehnt hat. Gelöst ist damit aber nichts.

Chaos im Großen wie im Kleinen



"Vergessen" hatte die Projektleitung für die Sanierung der Beethovenhalle, dass man bald an der Wachsbleiche auch mit schwerem Gerät tätig wird, um Bauteile abzubauen und einen neuen Versorgungstrakt unter das vorhandene Gebäude zu schieben. So verteilte man erst im Nachhinein einen Bürgerbrief, der die Nachbarn entlang der Wachsbleiche darüber informierte, dass man durch einen Gutachter an ihren Häusern innen wie außen eine Beweissicherung vornehmen möchte, um die Ursache von Schäden später zweifelsfrei der Stadt zuordnen zu können. Der Gutachter war dienstefrig schon ohne Ankündigung tätig geworden.

Terminkalender Fehlanzeige?

Mit Zahlen und Daten darf man es bei der Luxus-Sanierung der Beethovenhalle nicht so genau nehmen. Die Baukosten laufen dramatisch davon. Was gestern galt, gilt morgen schon nicht mehr. Und das verwirrt nicht nur die Bürger. Auch CDU-Stadtdirektor Fuchs, Chef - Koordinator des Projektes, kommt jetzt mit seinem eigenen Kalender nicht mehr klar. Denn er lud den Projektbeirat zu seiner nächsten Sitzung für Dienstag, den 13. September ein. Den gibt es gar nicht.

Nach Fertigstellung des WCCB:

Schlussrechnung für den Steuerzahler: 300 Mio. Euro



170 Mio. Euro beträgt der Versicherungswert des neuen Kongresszentrums. Samt Zuschüssen der öffentlichen Hand, Bereitstellung des Grundstücks durch den Bund und laufendem Zinsaufwand der Stadt summieren sich dagegen die Gesamtkosten für den Rückerwerb der Bauruine und der Fertigstellung des Kongresszentrums auf rund 300 Mio. Euro.

Die jährlichen Belastungen für den Haushalt der Stadt bezifferte Ex-Kämmerer Dr. Ludger Sander im Interview mit dem GA so: „Entsprechend der Haushaltsplanung 2017 bis 2024 wird der Erweiterungsbau des WCCB den städtischen Haushalt im Saldo durchschnittlich jährlich mit rund 58 Millionen Euro belasten.“

Verantwortungsträger mit beschränkter Haftung?

Für die Stadt ist beim Kongresszentrum unstrittig ein erheblicher Schaden entstanden, u.a. durch ein mangelhaftes Controlling der Bauabwicklung und durch die Unterzeichnung einer Bürgschaft, die der Rat so nicht genehmigt hatte. Neben dem laufenden Schadensersatzprozess gegen Ex-Investor Man-Ki Kim stellt sich daher die Frage, wer von der Stadt weiter zur Verantwortung gezogen wird. Der Rat hat eine Kanzlei mit der Prüfung beauftragt, welche Aussichten Schadensersatzklagen gegen damals beteiligte städtische Mitarbeiter mit Ex-OB Bärbel Dieckmann an der Spitze hätten. Jetzt kommt also der Lackmestest, ob ohne Ansehen der Person oder Parteizugehörigkeit die Interessen der Stadt verfolgt werden. Da neben der SPD-Ex-OB auch einst führende CDU Beamte betroffen wären, wettet der BBB schon jetzt, dass sich hier nichts tun wird. Denn eine große Koalition von CDU und SPD wird im Stadtrat dafür sorgen, dass keine der beiden Krähen der anderen ein Auge aushacken wird. So wird die Zahlung der Zeche wieder allein beim Steuerzahler verbleiben.

Gedanken vor einem Konzert im WCCB



Ulrich Bumann, Feuilleton-Redakteur des General-Anzeigers, machte sich seine „Gedanken vor einem Konzert im WCCB“ so: „Freuen? WCCB? Irgendwie sind das 2 Wörter, die nicht so recht zueinander passen wollen. Freuen kann sich dabei wahrscheinlich nur, wer die Kunst des Vergessens perfektioniert hat. Schon der Weg zum Konzertsaal auf Zeit reißt gründlich aus allen Träumen, denn manche Bonner Straßen sind in einem Zustand, wie er in der DDR vor der Wende an der Tagesordnung war. Der finanzklammen Stadt fehlt es an Geld, an allen Ecken und Enden, und das wird sich nach dem 300-Millionen-Euro-Desaster rund um das WCCB so schnell nicht ändern. Für die nächsten 40 Jahre dürfte der Bau die Stadt jeden Tag 20.000 Euro kosten. Um das zu vergessen, sind schon Verdrängungsakrobaten gefragt.“ Die BBB-Fraktion gehört auf keinen Fall dazu.